

NUM. 51. VERMISSTES ERB.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzelle 60 J. Abendbl. 15 J.
 Reklamen 42.-, Abendbl. 42.50
 Familienanzeigen 41.-, Platz- u.
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37
 Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mau-
 straße 16/18. Breslau: Waisen-
 hansstr. 25. München: Pernsstr. 5
 Offenbach: Bieberstr. 34. Stutt-
 gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 Gesellschaft m. beschr. Haftung

ung

ter Zeitung.)

num. 40, 41, 42, 43

ellen.

**Die Besteuerung der Kriegsgewinne.
 Die wachsenden Steuerbedürfnisse. — Die
 Wünsche der Parteien. — Die Kriegsabgabe
 der Reichsbank.**

N. Berlin, 20. Dezbr. (Priv.-Tel.) Dieser Krieg, der so
 manche Anschauungen über den Haufen geworfen hat, hat
 auch mit der Auffassung aufgeräumt, daß Steuern unpopulär
 seien. Die Besteuerung der Kriegsgewinne ist
 populär, und sie ist es in solchem Maße, daß vor ihr alle
 Parteiunterschiede verschwinden. Das lehrt die heutige
 Reichstagsitzung, in der das Gesetz, das verhindern will,
 daß die Kriegsgewinne der Aktiengesellschaften vorzeitig in
 Form und Dividenden ausgezahlt werden, in zweiter Lesung
 nach den Beschlüssen der Kommission angenommen wurde.
 Von diesem Sperrgesetz war dabei weniger die Rede als von
 dem allgemeinen Gesetz, das im März vorgelegt werden und
 das die Besteuerung des Kriegsgewinnes für juristische und
 Einzelpersonen im Anschluß an das bestehende aber noch
 nicht in Kraft getretene Besitzsteuergesetz regeln soll. Es ist
 verständlich, wenn der sozialdemokratische Wortführer Herr
 David die Gelegenheit benützt, um seine Sonderwünsche
 für die Gestaltung dieser Vorlage vorzubringen. Was er
 weiter für die Notwendigkeit der Erhebung eines neuen
 Wehrbeitrags und für die Sozialisierung unserer ge-
 samten Finanzpolitik geltend machte, war wohl auch durch
 die Rücksicht bestimmt, in dieser für die Sozialdemokratie kri-
 tischen Zeit das Seinige für die Erhaltung der Geschlossen-
 heit der Partei zu tun. Er hofft, auf dem Wege über das
 Kriegsgewinnsteuergesetz zu einer allgemeinen Reichs-
 einkommensteuer zu kommen, die den einzelnen Staa-
 ten und den Gemeinden nur das Recht der Erhebung von
 Zuschlägen läßt. Ihm erscheint das englische Steuersystem
 sozialer als das deutsche, und er glaubt, daß dem Reiche erst
 durch die Erhebung eines neuen Wehrbeitrages dieser Krieg
 fühlbar gemacht werden kann. Neue indirekte Steuern würde
 er für unheilvoll halten, und sein Fraktionsgenosse von der
 schärferen Richtung, Hoch, hat das später noch unterstrich-
 en, wenn er davon sprach, es hieße Verrücktheit in das
 Volk tragen, wenn die Regierung nicht klipp und klar erkläre,
 daß sie an indirekte Steuern nicht denke.

Natürlich hat Herr Helfferich, der Schatzsekretär,
 nicht sagen können, welche Steuern er bringen wird. Aber
 über den allgemeinen Charakter seines Steuerprogramms hat
 er keine Unklarheit gelassen: Der Krieg wird uns eine kolos-
 sale Steuerbelastung bringen, einerlei, wie hoch die
 Kriegsschädigung ist, auf die der Staatsminister nach wie
 vor rechnet. Es ist aber unmöglich, diese Lasten durch eine
 einzige direkte Steuer aufzubringen. Das kann auch das
 von David so viel gepriesene England nicht, das im Gegen-
 teil jetzt schon die indirekten Steuern gewaltig erhöht und
 mit der direkten Steuer immer weiter nach unten ausholen
 muß. Die notwendigsten Lebensbedürfnisse des deutschen
 Volkes aber wird man auch in Zukunft nicht stärker belasten.
 Aber es geht nicht an, jede indirekte oder Verkehrssteuer und
 noch dazu in dieser Zeit als eine unzulässige Besteuerung
 der Massen hinstellen. Der Staatssekretär hat das Ver-
 trauen, daß die deutschen Arbeiter, so gut wie sie im Schützen-
 gräben mit den anderen Volksgenossen ihre Pflicht tun, nach
 dem Kriege mit beitragen werden, um Reich und Volk zu
 erhalten. Die eine oder andere dieser Steuern
 wird im März zu erwarten sein zugleich mit der Kriegs-
 gewinnsteuervorlage. Bisher hat das Reich davon absehen
 können, während des Krieges neue Steuern zu erheben, denn
 der Krieg wird zu Lasten des außerordentlichen Etats, also
 mit Anleihen geführt werden, und was sonst an Einnahmen
 da ist, hat ausgereicht, um die laufenden Kosten der Reichs-
 wirtschaft zu beden. Aber die Zinsenlast steigt mit der Dauer
 des Krieges, und das Ende des Krieges ist nicht abzusehen.
 Darum sollen für das nächste Etatjahr neue Steuern einge-
 führt werden.

Im Reichstage haben diese Ausführungen des Schatz-
 sekretärs lebhaften Beifall gefunden. Sie können auch den
 nicht mehr überraschen, der sich schon seit geraumer Zeit über
 die gewaltigen Kosten dieses Krieges seine Gedanken ge-

hat. Das ist ein Verdienst der Zeitung, und die Anteil-
 haber sind mit ihrer Leitung Hand in Hand gegangen. (Lebh.
 Zustimmung.) Die Dividende, die herauskommt, geht her-
 unter unter die letzte Friedensdividende. Die Kommission
 hat das richtige Maß getroffen; aber 100 Prozent Besteue-
 rung ist ungerecht, und wir lehnen den Antrag ab.

Abg. David (Soz.): Den Anteilseignern wollen wir
 eine Prämie nicht vorenthalten. Wir wollen nur keine höhere
 Prämie als in den drei letzten Friedensjahren vorher. Das
 Geschäft bei der Reichsbank war auch kein Risiko, zumal da die
 Lotensteuer aufgehoben war. Die Anteilseigner haben auch
 ein Verdienst an dem glänzendsten Funktionieren der Reichs-
 bank, dieses Verdienst haben die Angestellten.

Abg. Blund (Fortchr. Volksp.) erklärt, daß kein Grund
 vorliege, die Dividende unter die letzte Friedensdividende
 herunterzubringen.

Der sozialdemokratische Antrag wird ab-
 gelehnt. Der Gesetzentwurf wird unverändert nach dem
 Beschluß der Kommission angenommen.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung mor-
 gen, Dienstag, vormittags 11 Uhr: Kleine Vorlagen. Kriegs-
 rethorik.

Auf Antrag des Abg. Dieckhoff (Fortchr. Volksp.)
 werden noch die Beschlüsse der Kommission über die Fa-
 milienunterstützung auf die Tagesordnung gesetzt.